

1931
1931

Einmal
malen,
idmab-
darauf

Einmal
malen,
idmab-
darauf

Einmal
malen,
idmab-
darauf

Einmal
malen,
idmab-
darauf

Einmal
malen,
idmab-
darauf

Einmal
malen,
idmab-
darauf

Einmal
malen,
idmab-
darauf

Einmal
malen,
idmab-
darauf

Der Schuhmacher

Nürnberg,
Dienstag, den 3. März 1931

Er erscheint wöchentlich
am Dienstag

Nr. 10
45. Jahrgang

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher, Sitz Nürnberg
Zugleich Publikationsorgan der Zentralranken- und Sterbekasse der Schuhmacher, Sitz Hamburg 6

Um die Reform des Lebenshaltungsindex

Mit Recht wird jetzt langsam der vom Statistischen Reichsamt aufgestellte Lebenshaltungsindex, der auf den Ergebnissen von Wirtschaftserhebungen aus dem Jahre 1907 aufbaut, bemängelt, da er je länger desto weniger den mannigfaltig veränderten Verhältnissen der Nachkriegszeit entspricht. Gerade die besondere Bedeutung der Indexberechnung als Grundlage für die Ermittlung der Reallohn- und für den Vergleich der Lebenshaltungskosten zur Berechnung anderer Kosten, etwa der Preissteigerungsrate, ist in der Tat eine Reform der bisherigen Berechnungsmethoden besonders wünschenswert, zumal durch die von den verschiedenen Stellen aufgestellten Erhebungen über Wirtschaftserhebungen von Arbeiterhaushaltungen die Voraussetzungen für eine solche Reform gegeben sind.

Der bisherige Lebenshaltungsindex wurde auf Grund von Erhebungen in 72 Gemeinden berechnet, die je gewählt waren, daß die verschiedenen Gebieten und Größenklassen entsprechende Berücksichtigung fanden. Die Erhebungen hatten zum Ausgangspunkt den Bedarf einer „Normalfamilie“ von fünf Köpfen, bestehend aus zwei Erwachsenen, einem Knaben von 14, einem Mädchen von 7 und einem Kind von 1½ Jahren. Sie mußten bereits die ersten Reformen einlegen. Auf Grund der Volks- und Berufszählung vom 16. Juni 1925 wurde festgestellt, daß gegenwärtig die Familienzahl von fünf Köpfen je Arbeiterhaushalt zu hoch gegriffen ist, so daß in Zukunft eine niedrigere Zahl, nämlich vier Personen, einzusetzen ist.

Die bisherige Indexberechnung ließ bisher die Steuern und sozialen Abgaben unberücksichtigt, die jedoch nach den neuen Untersuchungen durchschnittlich 12,7 Prozent bei den Arbeiterhaushaltungen und 8,7 Prozent bei den Beamtenhaushaltungen ausmachen, so daß eine den realistischen Verhältnissen entsprechende Auffassung an diesem Ausgangspunkt nicht einfach vorübergehen kann. Insbesondere hat sich die Struktur des Haushaltsvermögens gegenüber 1907 entscheidend verändert. Neue Bedürfnisse und Gebrauchsgegenstände sind aufgetaucht, während andere verdrängt wurden oder jedenfalls in ihrer Wertigkeit grundlegende Veränderungen erfahren.

Bei der bisherigen Indexberechnung sind vor allem die Kosten für Ernährung, Wohnung, Miete, Heizung und Beleuchtung, Kosten, die im Vergleich zu anderen Preisen gegenüber der Vorkriegszeit weniger stark anstiegen, fast, allzu geringfügig anderen Gütern beigeschrieben, während die Ausgaben für Kleidung und sonstigen Bedarf vernachlässigt wurden. Auch die Berechnung der Wohnungsmiete, die bisher ausschließlich nach den niedrigen Mietsätzen der Altmietungen erfolgte, muß abgeändert werden, da inzwischen ein erheblicher Teil der Bevölkerung gezwungen ist, in Neubauwohnungen zu wohnen oder zu hohen Mieten Altmietungen abzumieten.

Zum Normalbedarf gehören weiter die Kosten für Wohnungseinrichtung und Instandhaltung, so daß wichtige Gebrauchsgegenstände wie Möbel, Gardinen, elektrische Dienstleistungen zu berücksichtigen waren. Vorläufig ist zu überlegen, ob nicht bei den neuen Index die Beziehung auf das Jahr 1913 als Vergleichsjahr aufgegeben werden sollte, da die oft schiefen und unergiebigen Vergleiche der Nachkriegszeit mit der Vorkriegszeit am besten aus der Wirtschaftsberechnung verschwinden sollten.

In der neuesten Nummer der „Wirtschaftspolitischen Korrespondenz“ wird durch Jürgen Auerbach ein Vorschlag gemacht, der auf eine Änderung der Berechnungsgrundlagen des Index für die Lebenshaltungskosten abzielt und der sicherlich sehr beachtenswerte Hinweise enthält. Der betreffende Aufsatz lautet wie folgt:

„Der Zeitliche Reichsamt ist damit beauftragt, einen neuen Index der Lebenshaltungskosten zu konstruieren. Als Basis sollen die Wirtschaftserhebungen, aber die in den Jahren 1927/28 Erhebungen gemacht wurden, dienen. Diese Basis ist bereits häufig kritisiert worden, und vielfach hätte die Kritik recht. Doch wird bei der Konstruktion der Wirtschaftserhebungen die neue Indexberechnung erheblich leichter als die bisherige. So wird vor allem der Anteil der Ausgaben für Wohnungsmiete in den Lebenshaltungskosten sehr verringert werden. Er beträgt heute nahezu 20 Prozent, eine Höhe, die man fast nur bei Arbeiterlohn und -einkommen in Deutschland, bei Arbeitern und ungelernten Zünftlern in den Vereinigten Staaten, aber im allgemeinen selten findet.“

Wir können weiterhin annehmen, daß sich herausstellen wird, daß der heutige Index die Lebenshaltungskosten als zu niedrig im Vergleich mit der Vorkriegszeit angibt, und daß der neue Index in dieser Richtung eine gewisse Korrektur bringen wird.

Aber mit einem Fehler wird auch dieser Index behaftet sein. Das „Magazin der Wirtschaft“ schreibt über diesen Fehler: „Die Berechnung des Lebenshaltungsindex über relativ kurze Zeiträume kann einen Einblick in die Gestaltung der Reallohn-

gegeben. Zugleich ein langer Zeitraum richtige Erkenntnisse zu geben vermag, folgt aus den Veränderungen der Konsumgewohnheiten, deren Erfassung einem Preisindex begrifflich und technisch nicht möglich ist.“ Das „Magazin der Wirtschaft“ meint also: eine Indexberechnung der Lebenshaltungskosten muß von einem fixen Warenkorb ausgehen; und der Index ändert sich entsprechend den Preisänderungen der einzelnen Waren, die dieses Quantum ausmachen. Es aber das Warenkorbquantum, von dem das Zeitliche Reichsamt ausgeht, von Jahr zu Jahr gemäßigteren an Aktualität verliert, weil die Konsumenten ihren Geschmack ändern, und nicht jeden Monat bzw. jedes Jahr die gleichen Waren kaufen, so veraltet die Grundlage des Index sehr schnell. Kann hat das „Magazin der Wirtschaft“ durchaus recht, und man kann schon jetzt sagen, daß der neue Index des Zeitlichen Reichsamt sehr bald veraltet sein wird, da es den neuen Index auf bereits drei Jahre alte Wirtschaftserhebungen basiert.

Unrecht aber hat das „Magazin der Wirtschaft“, wenn es glaubt, daß jedem Preisindex dieses Verfalls anhaften müsse: unrichtig.

Druck auf die Löhne - zu wessen Vorteil?

Wir haben heute in Deutschland eine schwere Wirtschaftskrise, schwerer als in den anderen Ländern. Dennoch sind die Preise der Waren, die Deutschland vom Ausland bezieht — nämlich Rohstoffe — im allgemeinen viel stärker gestiegen als die Preise der meisten Waren, die in Deutschland hergestellt werden. Das erklärt sich sehr stark durch die Preispolitik der Kartelle und Trusts in Deutschland, die hier viele Gebiete des Wirtschaftsgüterbereichs beherrscht. Ebenfalls das aber zur Folge, daß vom Standpunkt Deutschlands gesehen die Preissteigerung der — ausländischen — Rohstoffe nur als Unvollständigkeit, hingegen nicht als Senkung von Teilen des Volkseinkommens erscheint.

Schon aus diesem Grunde also ist die heute populär gewordene Theorie, daß Preissteigerung und Löhnerhöhung parallel gehen müssen, falsch; denn wenn in einer Industrie die Preise der von ihr gebrauchten Rohstoffe gestiegen sind, so kann sie auch die Preise der von ihr hergestellten Waren senken, ohne daß sie die Löhne der in ihr beschäftigten Arbeitnehmer herabdrücken müßte. Das ist der Grund, warum schon der Verbraucherschwachsinn und die dann daran anschließende Löhnerhöhung nicht nur sozial verhängnisvoll, sondern auch wirtschaftspolitisch verfehlt war.

Ein weiterer Gesichtspunkt kommt hinzu. Bei der hohen technischen Entfaltung, die heute in den meisten Industriezweigen eingetreten ist, ist der Anteil des Lohnes an den Produktionskosten oft nur sehr ge-

ring. Was das in unserem Zusammenhang bedeutet, sei an einem einfachen schematischen Beispiel erläutert. Nehmen wir an, in irgendeinem Industriezweig — für die Schwerindustrie trifft es zu — einzigermaßen zu — machen die Löhne 20 Prozent der Unkosten aus, die sonstigen Produktionsfaktoren (Rohstoffe, Hilfsstoffe, Maschinen usw.) 80 Prozent. Wenn nun die Rohstoffpreise um 10 Prozent sinken, die Löhne aber unverändert bleiben, so können die Produktionspreise nur um 8 Prozent sinken. Das Sinken der Löhne macht also gegenwärtig fast nichts. Aber jene ungenutzten Kosten für die Gesamtwirtschaft sind sehr erheblich.

Auf diese volkswirtschaftlichen Folgen der Löhnerhöhungen müssen wir jetzt noch zu sprechen kommen. Es wurde schon früher erwähnt, daß die Gleichsetzung der Löhne mit den Preisen als Unfalschheit sowie als Teil des Volkseinkommens große Fehler in sich schließt. Der eine Fehler wurde schon besprochen, ein anderer ergibt sich aus folgender Überlegung: Das Einkommen der Arbeitnehmer hat in der heutigen Wirtschaft eine Funktion, die von dem Einkommen der oberen Schichten nicht erfüllt wird. Es schafft eine Kaufkraft, die der wichtigste Teil der Gesamtwirtschaft ist. Nun wird zwar von den Gegnern dieser „gewirtschaftlichen Kauf-

Die Konsumgüterproduktion kommt zu bestimmten Preisen auf den Markt, und wird zu bestimmten Preisen auf dem Kleinhandelsmarkt vom Konsumenten gekauft. Der ideale Index der Lebenshaltungskosten des deutschen Volkes wäre also identisch mit dem Preisindex des Kleinhandelsproduktes, das auf dem deutschen Markt erscheint.

Jedoch müssen wir noch eines berücksichtigen. Auf dem deutschen Markt erscheint.

Die Schädlichkeit von Lohnsenkungen im Urteil der Wissenschaft

Während die Unternehmerpresse mit größter Begeisterung glauben machen will, daß das Ziel allein von Lohnsenkungen sei es in Verbindungen mit Preisermäßigungen, sei es ohne solche — kommen kann, mehr als die Zimmem der Wissenschaft, die Lohnsenkungen als das denkbar unproduktivste Mittel für die Überwindung der Krise bezeichnen. Auf diese Weise wurde die Lohnsenkungsaktion vom Prof. Dr. Volkswirt Professor Karl Fickram im Rahmen einer Veranstaltung des „Vereins für Konjunkturforschung“ in Leipzig, nach Fickram kommt es für die Überwindung der Krise auf die Erhöhung des Verbrauchsgüterkonsums an. Preisermäßigungen veranlassen zunächst die Käufer zur Zurückhaltung, weshalb es darauf ankomme, daß ein „Konsumstabilisator“ da ist, der geeignet ist, den Preisrückgang aufzuhalten. Entscheidend ist dabei, daß eine Gruppe mit unermäßigtem Einkommen vorhanden sei. Diese Gruppe kann aber zur Zeit neben den Beamten allein die der Arbeiter und der Angestellten sein.

In der Vorkriegszeit entfielen 44 Prozent des Volkseinkommens auf nichtindustrialisierte Einkommen. Jetzt waren landwirtschaftliche Bevölkerung, Rentner und Beamten mit je einem Drittel beteiligt. Diese Einkommen sind aber zum größten Teil durch den Kaufkraftrückgang der Landbevölkerung, die Verminderung der Rentnerschaft und zum Teil auch durch den Abbau der Beamtengehälter. Unter solchen Umständen sei die Senkung der Löhne und der Angestelltengehälter, die zur Erhaltung des Verbrauchsgüterkonsums führen muß, durchaus schädlich. Der Hinweis auf die Gleichsetzung des Erwerbs bei niedrigen Lohn- und Gehaltslohn ist nicht am Platz, da zur Zeit für die Überwindung der Krise der innere Markt von entscheidender Bedeutung ist. Ein ähnlicher Verhängnis wird von Alfred Fickram in seinem Aufsatz „Zur Preispolitik der Kartelle“ im „Wirt-

schaftsdiens“ (Heft 6 1931) vertreten. Auch für ihn hat die Besserung der Lage der Konsumgüterindustrie die entscheidende Bedeutung, weshalb er die Verknüpfung der Lohnsenkung mit der Preissteigerung grundsätzlich und tatsächlich als verfehlt ansieht. Die Überwindung einzelner Preisgruppen müßte ohne Rücksicht auf das Lohnproblem gemindert werden, was auch Zement- und Eisenpreise ohne Auswirkung der Lohnfrage geschehen sind. Werden in den getriggerten Industrien die Preise mit den gleichen „Beträgen“ in die Höhe gehoben, so wird offenbar die Lage der Konsumgüterindustrie nicht dadurch nicht gebessert und die bisherige Spannung nicht gemindert. Wenn der Rückgang der Materialpreise wird durch einen infolge der Lohnsenkung unermäßigten weiteren Rückgang des Abfalls und der Preise von Konsumgütern mehr oder weniger ausgeglichen. Eine elatische Preispolitik ist, wie das Beispiel der freien Preise zeigt, sehr schwer zu haben.

In einer jüngst erschienenen Arbeit über „Der Sinn der Weltwirtschaftskrise“ in den „Neuen Blättern für den Sozialismus“ (Februarheft 1931) lehnt Professor Adolf Löwe die Auffassung ab, daß die Krise durch eine Überhöhung der Löhne entstanden sei. Zeilen in den Vereinigten Staaten, in diesem „Torso“ hoher Löhne, ist durch den Erfolg des Rationalisierungsprozesses die Lohnquote, also der Anteil der Arbeiterkraft und niedrigen Angehörigen am Wert des industriellen Produktes, seit 1921 dauernd gesunken, was in der Konsumgüterindustrie ein Minderhältnis zwischen Produktion und Nachfrage hervorrief. Zu ähnlichem Ergebnis führte der Rationalisierungsprozeß der Jahre 1926-1928 in Deutschland, wo die Freilegung von Arbeitskräften den Absatzraum für die Konsumgüterindustrie immer mehr verengte und von hier aus der Aufbruch zum freilebenden Zusammenbruch der gesamten innerdeutschen Konjunktur gegeben wurde.

Der politische Zinsfuß

Wirtschaftsleuten pflegen die Geldmärkte zu verfluchen und dadurch auf das Missverständnis einen Tausch auszuüben, der den Zinsfuß gegenüber der Realwirtschaft hinfallen läßt, und allmählich auch den Kapitalmarkt leidet. Auch bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise konnte diese Entwicklung deutlich beobachtet werden. Eine lebende, erfolgreiche Wirtschaft der Zeitigen Bank und Diskontogeldmarkt (Kursdiskontomarkten) an der Berliner Börse 1930 zeigt die Entwicklung während des Jahres 1930 auf allen internationalen Geldmärkten einschließlich des deutschen Marktes.

Zur Wahrung der sämtlichen übrigen Geldmärkten des Jahres 1930 bis zum Jahresende 1930, erfordert diese Entwicklung auf dem deutschen Markt vom September ab einen mehrfachen Anstieg, indem sich diesem Zeitpunkt der Zinsfuß wieder zu steigen beginnt und sich bis Dezember Monat zu Monat erhöht. Vom Januar bis September 1930 war der Zinsfuß auf dem deutschen Markt von 6,5 Prozent ununterbrochen bis auf 3,25 Prozent gefallen, um im Monatsdurchschnitt September auf 3,30 Prozent, im Oktober auf 3,60 Prozent, im

November auf 4,7 Prozent und im Dezember auf 4,85 Prozent zu steigen. In Amsterdam dagegen sankte sich von Januar bis September der Zinsfuß von 2,50 auf 1,50 Prozent, im November von 1,50 auf 2,5 Prozent, im Dezember von 1,50 auf 1,91 Prozent, in Paris von 3,25 auf 2,50 Prozent und in Zürich von 2,50 auf 1,41 Prozent.

Die unterschiedliche deutsche Entwicklung ist allein politisch zu erklären. Der Ausgang der Reichswahlen im September führt eine politische Vertrauenskrise, die auf der einen Seite einen starken Abzug von Auslandsgeldern aus Deutschland zur Folge hatte und auf der anderen Seite zu einer Kapitalflucht der deutschen Kapitalgeber führte, die nach Ansicht der deutschen Reichsbank die deutsche Kapitaldecke mindestens um 1½ bis 2 Milliarden Mark in wenigen Wochen verringerte. Das waren die Ursachen der Zonenerhöhung des deutschen Zinsfußes, der gegenwärtig ein politischer Zinsfuß ist, der also auch bei einer Beschäftigung der politischen Verhältnisse und einem Absetzen der nationalsozialistischen Seite wieder sinken dürfte.

Aus der Internationale der Lederindustriearbeiter

Ausschluß des Lederindustriearbeiter-Verbandes der Schweiz aus unserer internationalen Vereinigung.

Die genannte Vase, in die der oben genannte Verband, welcher seinen Sitz in Zürich hat, durch seine kommunistisch eingestellte Vertretung schon seit längerer Zeit gegenüber den übrigen Gewerkschaften der Schweiz hineinmanövrierte, hat seine Meinung dahinsetzend geäußert, daß er aus dem Schweizer Gewerkschaftsbund ausgeschlossen wurde. Es nach den Statuten der internationalen Vereinigung der Schuh- und Lederarbeiter, welche nur Verbände angehören können, die in ihrem Lande befindlichen zentralen, der Arbeiterdemokratischen internationalen Gewerkschaften angehören, so hat der Ausschuß des internationalen Gewerkschaftsbundes aus unserer internationalen Vereinigung nach sich gezogen.

Die auf dem Boden der Arbeiterdemokratischen internationalen Gewerkschaften haben sich zu dem Verband der Lederindustriearbeiter der Schweiz, der sich als „Verband der Lederindustriearbeiter“ (Zürcher, Volkshaus) zusammengeschlossen, welche als Mitglied unserer internationalen Vereinigung betrachtet. Wie in der Einleitung, so werden auch die Lederarbeiter der Schweiz erst durch Zedden ins Leben treten.

Nationalsozialistische Umrtriebe

Vorsicht bei den Betriebsratswahlen!

Die Nationalsozialisten wollen jetzt auch Betriebsräte errichten, um die Betriebsräte im Interesse der Kapitalisten durchzusetzen zu bringen und bei Betriebsratswahlen usw. mit eigenen Vätern vorgehen zu können. Es besteht kein Zweifel, daß diesem Treiben von vornherein die nötige Beachtung geschenkt werden muß, denn eine Ausbreitung der nationalsozialistischen Zwecke in den Betrieben würde zur Schwächung der Arbeiterbewegung und damit zur Stärkung des Unternehmertums nicht unbedeutend beitragen. Aus diesem Grunde veröffentlichen wir nachstehend die von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) herausgegebenen Richtlinien für die Schaffung ihrer Betriebsorganisationen mit dem dringenden Ersuchen, sofort dem zuständigen Gauverleiher Mitteilung zu machen, wenn sich irgendwelche Umrtriebe im Sinne der Richtlinien zeigen sollten.

I. Richtlinien für die Betriebsvertrauensmänner der NSDAP.

1. Der Vertrauensmann ist Sammelpunkt für alle Nationalsozialisten innerhalb des Betriebes. Er gilt als Ersatz für die aus der Zeit noch fehlenden Betriebs-, Angestellten- oder Arbeitervereine, somit liegen ihm gleiche oder ähnliche Funktionen ob.
2. Er hat sich und die im Betrieb tätigen Nationalsozialisten gesellschaftspolitisch (siehe Betriebsrat) zu schulen und mit Hilfe geeigneter Parteigenossen den Kampf um die Macht in den Betrieben zu beginnen; dafür Sorge zu tragen, daß bei den Betriebsrats- und Sozialwahlen mit eigenen Vätern aufgetreten wird.
3. Er hat die Geschäftsstelle im Betrieb zu überwinden, das heißt, sein Augenmerk auf Recht und Unrecht zu richten. Den Kampf gegen das Unrecht mit allen Völkern aufzunehmen, den Kampf um Recht im kleinen zu führen, in Werkstatt, Abteilungs- und Betriebsverhältnissen selbst oder den rechtlich fähigsten Parteigenossen vorzuschicken und die Kunden der anderen unterworfen an den Fanger zu stellen.
4. Über wichtige Geschäftsstelle ist der Abteilung XII (Arbeitsangelegenheiten) beim Gau NSDAP, umgeben schriftlich oder mündlich Mitteilung zu machen, wozu Versammlungen in unserer Weise: im Lohnenden soll in öffentlichen Rundgebungen, Versammlungen auf dem Platz aufzuführen.
5. Über den Verbleib der anderen den Gau zu unterrichten, mit diesen unsere Gegenpropaganda durch Verteilung von Flugblättern und dergleichen zu verbreiten.
6. Für ein tatkräftiges Auftreten aller Nationalsozialisten zu sorgen und die von der NSDAP, welche die Bewegung in großer Weise beschleunigen oder in Richtung bringen, dem Gau zur Meldung zu bringen.

II. Richtlinien für Betriebszellen (BZ).

1. Der Betriebszellenvorsitzende bezieht auf einen Führer, einem Schriftführer und einem Kassierer. Sie erhalten vom Gauverleiher für Arbeitsangelegenheiten einen Parteipassausweis. Der Passausweis ist Eigentum des Gaues und ist bei Austritt oder Austritt aus dem Betrieb zurückzugeben.
2. Aufgabe: Jedes Mitglied der Betriebszelle hat einen monatlichen Arbeitsbeitrag von mindestens einem Stundenlohn von 80 Pf. zu entrichten. Der Zellenvorsitzende ist dementsprechend eine Umrhebung vorzunehmen. Die Beiträge dienen der Betriebspropaganda und zur Zahlung der Löhne.
3. Die Betriebszelle ist Sammelplatz für alle Nationalsozialisten innerhalb des Betriebes. Ihre Funktionen gelten als Ersatz für die aus der Zeit noch fehlenden Betriebs-, Angestellten- oder Arbeitervereine, somit liegen ihnen gleiche oder ähnliche Funktionen ob.
4. Der Betriebszellenführer hat die im Betrieb tätigen Nationalsozialisten gesellschaftspolitisch und sozialpolitisch (Betriebsrat) zu schulen; mit Hilfe geeigneter Parteigenossen den Kampf um die Macht in den Betrieben zu beginnen; dafür Sorge zu tragen, daß bei den Betriebs- oder Sozialwahlen mit eigenen Vätern aufgetreten wird.
5. Er hat die Geschäftsstelle im Betrieb zu überwinden, das heißt, sein Augenmerk auf Recht und Unrecht zu richten, den Kampf um Recht im kleinen zu führen, in Werkstatt, Abteilungs- und Betriebsverhältnissen selbst oder den rechtlich fähigsten Parteigenossen vorzuschicken.
6. Über wichtige Geschäftsstelle ist der zuständigen Abteilung beim Gau NSDAP, umgeben schriftlich oder mündlich, in anderen Fällen mündlich Mitteilung zu machen, wozu Versammlungen in unserer Weise: im Lohnenden soll in öffentlichen Rundgebungen, Versammlungen auf dem Platz aufzuführen.
7. Für ein tatkräftiges Auftreten aller Nationalsozialisten zu sorgen und die von der NSDAP, welche die Bewegung in großer Weise beschleunigen oder in Richtung bringen, dem Gau zu melden.
- Monatlich ist der übergeordneten Instanz bis zum letzten Monatsende ein Tätigkeitsbericht einzureichen.

III. Richtlinien für die Betriebsgruppen (BG).

1. Die Betriebsgruppenvorsitzende bezieht auf den Führer, dem Schriftführer und Kassierer. Die drei Vorstandsmitglieder erhalten

von der Gauverleiher für Arbeitsangelegenheiten einen Parteipassausweis. Der Passausweis ist Eigentum des Gaues und ist bei Austritt oder Austritt aus dem Betrieb zurückzugeben.

IV. Richtlinien für den Ringführer (RF).

1. Die Ringführer der nationalsozialistischen Betriebsorganisationen werden von dem Sekretariat für Arbeitsangelegenheiten mit Zustimmung der Gauverleiher ernannt und abberufen. Jeder RF erhält als solcher einen Ausweis. Der Ausweis ist Eigentum des Gaues und ist bei Austritt oder Austritt aus dem Betrieb zurückzugeben.
2. Die Ringführer der nationalsozialistischen Betriebsorganisationen werden von dem Sekretariat für Arbeitsangelegenheiten mit Zustimmung der Gauverleiher ernannt und abberufen. Jeder RF erhält als solcher einen Ausweis. Der Ausweis ist Eigentum des Gaues und ist bei Austritt oder Austritt aus dem Betrieb zurückzugeben.
3. Dem Ringführer hat er bis zum letzten Monatsende jeden Monats über die Tätigkeit innerhalb seines Betriebes Bericht zu erstatten.

Um die Tarifbestimmungen für die Bandarbeiter

Ein Mann - ein Wort - oder ein!

Eine für die Tätigkeit des Arbeiters besonders einschneidende Nationalitätenangelegenheiten ist zweifellos die Einführung eines Tarifsystems für die Arbeiter. Die Einführung eines Tarifsystems ist eine Aufgabe, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber zu lösen haben. Es besteht eine Aufgabe, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber zu lösen haben. Es besteht eine Aufgabe, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber zu lösen haben.

1. Die Tarifbestimmungen für die Arbeiter sind in der Regel durch die Tarifverträge zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern festgelegt. Es besteht eine Aufgabe, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber zu lösen haben.
2. Die Tarifbestimmungen für die Arbeiter sind in der Regel durch die Tarifverträge zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern festgelegt. Es besteht eine Aufgabe, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber zu lösen haben.
3. Die Tarifbestimmungen für die Arbeiter sind in der Regel durch die Tarifverträge zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern festgelegt. Es besteht eine Aufgabe, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber zu lösen haben.

Es besteht eine Aufgabe, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber zu lösen haben. Es besteht eine Aufgabe, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber zu lösen haben. Es besteht eine Aufgabe, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber zu lösen haben.

1. Die Tarifbestimmungen für die Arbeiter sind in der Regel durch die Tarifverträge zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern festgelegt. Es besteht eine Aufgabe, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber zu lösen haben.
2. Die Tarifbestimmungen für die Arbeiter sind in der Regel durch die Tarifverträge zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern festgelegt. Es besteht eine Aufgabe, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber zu lösen haben.
3. Die Tarifbestimmungen für die Arbeiter sind in der Regel durch die Tarifverträge zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern festgelegt. Es besteht eine Aufgabe, die nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber zu lösen haben.

Wo und wie wird ein Betriebsobmann gewählt?

Ein Obmann wird in solchen Betrieben gewählt, die in der Regel weniger als 20 Arbeitnehmer beschäftigen, von denen mindestens fünf wahlberechtigt sind.

1. Die Wahlberechtigung ist ein Wahlrecht, das jedem Arbeitnehmer in einem Betrieb mit mindestens fünf wahlberechtigten Arbeitnehmern zusteht.
2. Die Wahlberechtigung ist ein Wahlrecht, das jedem Arbeitnehmer in einem Betrieb mit mindestens fünf wahlberechtigten Arbeitnehmern zusteht.
3. Die Wahlberechtigung ist ein Wahlrecht, das jedem Arbeitnehmer in einem Betrieb mit mindestens fünf wahlberechtigten Arbeitnehmern zusteht.

In den 2. u. 3. Verhandlungen im März 1928 teilten wir inhaltlich die gleichen Anträge mit der Ergänzung, daß Uebes und C. bei Landarbeit auszuliegen sind. Weiter wurde unter genauer Angabe der betreffenden Paragraphen bemerkt ist, die Zondbestimmungen über Landarbeit dem Hauptvertrag einzuverleiben.

[illegible][illegible][illegible]

In der Sitzung des Zentraltarifausschusses vom 29. November 1911 haben die Arbeitgeber, als wenn es über die Auslegung der Riffer 3c) des Zusatzvertrages in ihrem Sinne noch zu

Das Wahlrecht zu den Betriebsvertretungen

**genießt jeder
ob männlichen oder weiblichen Geschlechts
der das 18. Lebensjahr vollendet hat.
Sofort für Aufklärung!**

erklärt auch den jugendlichen Kolleginnen und Kollegen, was bei den Betriebsratswahlen dem Spiele steht!

Seld aktiv!

Zur „Bildung der Arbeiter“ vom 8. Februar 1931, der Zeit erscheint, veröffentlichte fälschlich 16 Zeilen, die der Nazietriebsfunktionaler beachten und bei den zukünftigen Stellen in mannlicher Weise betonen soll. Aber auch hier sollen „Juden und Marxisten“, auch wenn sie Protestanten sind, sofort benachteiligt werden. Im 8. Zeilen heißt es: „Gründungen, die wegen Arbeitsmangel entstehen, müssen gründlich zu. Mit jedoch der Entlassung über zur zukünftigen Vorsehung.“ Die „Bildung der Arbeiter“ ist ein „Glaubensbekenntnis“ des „Nationalen der Bewegung“. Parteien tatsächlich bilden, dann hat seine Entlassung mit Verständnis und dabei stimme in jeder Fall der Entlassung unter Abgabe einer entsprechenden Erklärung zu.

Tos ist nicht mehr nur Oefnungsmittel, sondern es
 Oefnungsmittel. Jeung Parteien find im Rationalgeſtalt
 argen alle Parteien mit Ausnahme der Hiesl-Partei und
 dieſelbe! — des Landbundes. Die Teuchtonifationen kommen ſich
 die Privilegien Sitters genießen, denn ſie haben dem Jeung
 mit 51 Prozent Zuehung ſeine Annahme zugestimmt. I
 ſchloß der Sitterführung recht dabei so weit, doch trotz die
 Sitters der Nazi Betriebsfunktionär durch ſeine Taten helfen ſich
 des Mithraten gegen uns, das durch unsere Feinde in die Reich
 der Arbeiterſchaft künstlich hineingetragen worden iſt, zu
 citation»

Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft und die Sozialdemokraten, die einzig und allein mit jenem Zeitlag getrossen werden sollen, werden dafür zu sorgen haben, daß die Bäume der Krankenhäuser nicht in den Himmel wachsen.

Aktiengesellschaft Hammerlugt

Erzählung von Karl Schröder.
Copyright by
Büchergilde Gutenberg, Berlin

(31. Fortsetzung)

Nest zum ersten Male hatte Gröndberg ihn angesehen und gefunden, daß er ein überraschend gutmütiges Gesicht hatte und treuerbige Augen. Warum mußte wohl Valente alle weabsieken! —

Der Mann, der jetzt gekommen war, hatte freilich einen völlig anderen Ausdruck. Ein noch nicht dreißigjähriger Diplomingenieur, hager und lang, weit über Durchschnittsgröße, mit einem auf den ersten Blick classischen Gesicht, auf dem aber sehr schnell bodenmüthige Ueberheblichkeit und hinterhältige Verlogenheiten ausflühten.

Als ihn Valente fragte: „Nun, wie gefällt Ihnen unser neuer Betriebsleiter?“, wollte er ausweichen und sagte: „Ich habe noch kein Urteil.“

ist der Sohn unseres Aufsichtsrats Eckart. Einer der Männer im Malifundilat. Die bauen um auf Gasfeuerung. Ich hoffe wir können da was mit unseren Generatoren machen." Grünberg erwiderte nichts, aber er dachte: Der Sohn vom Aufsichtsrat? Was wird das werden?

Edgard freudete sich sofort mit Zaleske an, blieb kühl zu Grünberg. In der Stille erschien er nur einmal zusammen mit Zaleske, und beide blieben im Direktionszimmer. Als Grünberg eines Tages — gelegentlich eines Gesprächs über Arbeitslosigkeit — auf die Scheinung Edwards: „Arm und

reich hat es immer gegeben, das ist ein Naturgesetz" etwa lachend erwidert hatte: „Aber Herr Eckart, auf so schwachen Füßen hat noch nie ein Naturgesetz gestanden“, da hatte sie Eckart abgewandt, und Strümpberg hatte deutlich das Gefühl dieser Mannes ist mein Feind.

Wenn Valente die Weihnachtsgratifikation an die An

geteilt abgelehnt hatte mit dem Hinweis auf die schlechte Beschäftigungslage, so kam Grünberg das übertrieben vor. Zwar war die Zahl der Arbeiter im Laufe der Monate von 200 auf 400 zugenommen, aber es wurde jetzt neun Stunden statt acht gearbeitet und ununterbrochen auf höhere Arbeitsleistung gedrängt. Die Zahl der Aufträge, aber auch der Zahl der Stellennamen auf Gasageneratoren, nahm ständig zu. Damm-

Malente sprach davon, ganz kleine Generatoren zu konstruieren zum Einbau in Autobusse. Eine Reihe neuer Patente wurde angemeldet. Vichipausen neuer Motte, Treppentritte, Zeitzette, Alchindusselt, Stochlo-

Der Braunkohlenterraufbau gehört die Zukunft, trumpf-

... auf. Mit einer Energie, einem Eifer, einer aufstrebenden Wärme, die bewundernswert war, riß er die anderen mit. Er hörte, wie er gegen die Konfuzenz der Mobilienfabriken aufkämpfte, konnte glauben, es ginge hier um Weltprobleme und um die Zukunft Deutschlands. Effekten oder Effekten...

gingen heraus; reichste Kellame an Fachzeitschriften. Vertreter anderer Firmen erdichten, spinneln, verbreiten ungünstige Gerüchte über die Vergabungstonnenzahl, die Verschwendung; trugen aber nur dazu bei, Hammerglugs Namen bisher unbekannten Namen, in alle Streife der deut-

Und Grunberg sah, daß der Preis dieser Großindustrie nicht so groß war, wie er geglaubt hatte. Immer die gleichen Namen fehlten wieder; überall hatten bestimmte Leute die Finger im Spiel.

Studenten kamen, holten sich Material zu Diplom- und Doktorarbeiten über Gasgeneratoren; Professoren wünschten sich mehr für die Neuanschaffung ihrer Fachwerke. Auch das Gelände von Grunberg — und er sah es mit steigendem Entzücken —, wieviel Tausende von Adren, Beziehungen, Abhängigkeiten

standen zwischen Wissenschaft und Industrie, zwischen Technik und Wirtschaft, zwischen Hochschulen, Laboratorien und kapitalistischen Unternehmen. Auch Hammerlugh hatte Spizel in den Büros



gegen den § 218 nimmt die bekannte Zerstörung von Kaiser
"Vorbringen nicht oberrhein" entfallen. Stellung des
nach um einen Katerger bei Gheleute, der jetzt bereits
19, bis 155. Tausend in der Verlagsbuchhandlung
Fischer & Co. (Magerburg) erschienen ist. In diesem
Punkt wird den Gelehrten und allen, die zu werden wollen,
die in der Wissenschaft tätig sind, die in der Wissenschaft
unermüdet gegen die Abhängigkeit des § 218 und wollen je
nach einer Ausgabe der kaiserlichen Polizei die Beibehaltung
"wahrlich nicht unbilligen Zerstörung" (wie Fried
erreich. Gensinnen und Gensinnen, die diese Zerstörung
nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der
Kultur gegen den § 218 ist notwendig denn je

Nachdem im vorigen Bericht die mittelmäßige Entwicklung einer Ausnahmeleiter gegen die Konsumleiter abgelesen war, die den Mittelstand der großen Konsumleiter jährlich rund 5 Millionen Mark (entsprechend 1,33 v. H.) übersteigt, wurde nun festgestellt, daß 2,5 Millionen sind. Wenn es nach ihrem Willen ginge, würde die Ausnahmeleiter für Konsumleiter fünfzig betragen:

von über 1—2 Millionen Mark Gesamtsumme mit über	1,33 v. H.
von 1—1,5 Millionen Mark Gesamtsumme mit über	2,5 v. H.
von 1—1,5 Millionen Mark Gesamtsumme mit über	3,0 v. H.
von über 10 Millionen Mark Gesamtsumme mit über	4,0 v. H.

Es ist zu erwarten, daß die Leiter mit dem Gehalt, die Leiter in der Konsumleiter, dem, auf die Leiterinnen abzuweisen.

Folgen kommunistischer Wirtschaft

Der Allgemeine Moniumverein Halle und Umgegend hat sich Ende Januar genötigt gesehen, wegen Zahlungsstodungen seine Kassen zu schließen.

[illegible]

Zeit der holländischen Parteipaltung im Jahre 1920 hatte die KPD die unumdrängte Herrschaft im holländischen Konföderationsrat. Alles, was sich dieser Zeit in dem jetzt zusammengebrochenen Konföderationsrat vor sich gegangen ist, fällt einzig und allein in das Konto der KPD. Mit großem Bräutendahl wurde man die Mitgliedschaft und verpackte goldene Perle in Form von billigen Lebensmitteln aus Russland

...best ist das von der sozialistischen Arbeiterschaft in Halle im
...jahrzehnter mühsamer Arbeit aufgebaute Werk elend und unan-
...gekommen. Tausende von armen Leuten hat man um ihre mü-
...sam abgegangenen Spargelosen gebracht. Mit verzwei-
...elten Gesichtern fanden die abgearmten Leute vor dem

[illegible]

Wer leben will in dieser Gesellschaft, muß schreien und sich behaupten. Viele Tüze stehen vor der Tür, immer bereit.

„So sieht das aus!“ dachte Grünberg. „Wie kommt mir die Welt doch anders vor als vor einem halben Jahre!“ Ein Schlachtfeld voll roter Traufgänger, listiger Feiger, summerdell verroffener, schreiender Verangsteter, vor allem aber unglückiger, lauernder Schafale, Spanen, Kessreier und

Stauberg fing an, unzufriedener zu werden. Alle Ange-
stellten waren unzufrieden. Die Preise im Januar waren
bedeutend gestiegen, die Gehälter nur klaglich erhöht. Die
Frauen stellten ihre Berechnungen in Goldmark auf; die
Männchen und Arbeiter erhielten Papiermark. Das ging
schief und nicht so weiter. Man rechnete aus: 21, 21, höchstens

„Goldmark im Monat. Und was fragen die Firmen? Ja, was soll das sein? Fünfzig Tollar hat! Aber woher nehmen? Seit die Kleinen keine mehr annehmen, Tollar zu kaufen, ist es verboten. Man muß speln und in Berlin, Aftien kaufen und verkaufen. Hatte das nicht Valentin gemacht? Ist nicht selbft? Zolese kaufte schon, auch Wilhelm, neben dem ich war. Morgen, ehe er auf die Ziegelei ging, stürzte er schnell ins Bett. Am Freitag, Zolese nach den Kurzen zu fragen. Auch Wasa, der immer seine Augen gingen zu allernächst über die Kurze. Immerhin

Geldstücken des „Roten Proviantamts“, um einen letzten hoffnungsvollen Versuch zur Rettung ihres Notgroßens zu machen.

Die Verbindlichkeiten des durch die Schuld freie kommunizierten Leihens in Konfuzius gerateten Allgemeinen Konsumvereins Halle betragen einschließlich der Sparguthaben etwa 1 bis 5 Millionen Reichsmark. Nun hat auch die Verwaltung des Leihens Konsumvereins Merseburg beschlossen, die Zahl der Leihens einzustellen. Die Halle, steht auch das „rote Leihens“ Konsumvereins“ vollkommen unter kommunizierten Leihens

[illegible]

Kunmehr hat man vor, die zusammengebrochenen Konsumver-
eine zu „privatisieren“. In einer Sitzung der Lieferanten, die
sich zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen haben

[illegible]

Am Jahresende: wurden vom ersten Revolutionsrat die Ausweisungen der verhassten Wirtschaftskräfte geteilt: 25 Millionen Arbeitelose gibt es auf der Welt, eine Folge der überflüssigen kapitalistischen Wirtschaftsführung, unter ihnen befinden sich auch die Arbeiter der Welt. Die Weltwirtschaftskrise ist ein Kampf endlos durch eine kapitalistische Wirtschaftsführung hervorgerufen worden muß. Es ist offensichtlich, daß die herrschende Klasse nicht nur auf einer Zerstörung der Wirtschaft beruht, sondern auch auf der Zerstörung der menschlichen Wirtschaftsmethoden. Aufrecht erhalten kann sie weiterhin, bis aus den alten bürgerlichen Klassen Parteien abwandern, die sich an der neuen Zusammenfassung leisten. Die Arbeiter der Welt werden zur Aufrechterhaltung der Weltwirtschaft durch den Krieg existieren.

Das obige auf 30.000 abfallend in der Ersteren Zehndrubeinigkeit hand unter dem Jiden meieres Berdierichung. Mehr als 700 Arbeiter wurden durch die Ziehung von drei großen Betriebe entlassen; andere Betriebe litten unter starken Einschränkungen. Hunderte von Arbeitern wurden beurlaubt gemacht. An Arbeitszeit waren im Durchschnitt der zwölf Monate nicht weniger als 1600 arbeitstägliche Zehndrubeinigkeit gemittelt. Von den Berdandemittelungen waren am Jahresende 31,3 Prozent im Vergleich mit 27,5 Prozent im Jahresanfang, 1934, von den insgesamt 39,5 Prozentstunden nicht weniger als 91,1 Prozent. Das sind fastprozentige Differenz.

Der Mitgliederstand der Zählstelle ging von 3451 Ende 1927 auf 2503 Ende 1930 zurück. Der Verlust ist auf die großen Waffenschaftslösungen, auf Abwanderung in andere Berufe usw. zurückzuführen. Im Durchschnitt pro Kopf und Quartal wurden neun Mitgliederbeiträge entrichtet. Durch häufige Exitationen konnte

Wenig Zeitungsleser und noch weniger Lesende von Tages- und Wochenzeitschriften sind in der Jugend. Die meisten Jugendlichen lesen nur die Sonntagsblätter. Die meisten Jugendlichen lesen die Tages- und Wochenzeitschriften nicht, weil sie zu wenig Zeit haben. Die meisten Jugendlichen lesen die Tages- und Wochenzeitschriften nicht, weil sie zu wenig Zeit haben. Die meisten Jugendlichen lesen die Tages- und Wochenzeitschriften nicht, weil sie zu wenig Zeit haben.

[illegible]

des Januar. Danach lag die Zahl im Sommerhalbjahr von Ende der siebziger Jahre Anfangseinstellung hoch gerufen. Das hatte die Bundesbank gemacht, die das Werk in der Breite der Wirtschaftsjahre hat ein und ein Butterbrod erworben hatten. Zwei Millionen Grundkapital und rund zweitausend Stammsachen zu 1000 M. Davon liegt die Bundesbank zu Bank wurden 35 und 40 Prozent. Ein, zwei andere Teile waren noch fünf und zehn Prozent. Ziele waren mit dem Aufbruch der Wirtschaft, die die Arbeit genommen wurde. Heute: war völlig recht, amtierend bis in Einzelzahlungen von denen auch einige in den Banken Hammerlingler Betriebe unerschaffen waren.

wurde bestimmt, daß der Allgemeine Konsumverein Halle dem geschäftsführenden Ausschuß die Räumlichkeiten, Einrichtungen usw. kostenfrei zur Durchführung seiner Aufgaben überläßt. — Das ist das Ergebnis kommunistischer „proletarischer“ Gewerkschaftspolitik!

Trotz des Kampfbildes nichts anderes als die Zuhilfenahme des Unterbewusstseins, wird allmählich auch dem dümmsten Kleinbürger klar. Sogar kommt nun, daß die Parteien die schlechtesten Traditionen der konservativen und futuristischen Parteien, namentlich der Deutschnationalen inflative Art, haben, vertreten. Nach ihnen muß die Frau lebendig Mangel und Elend sein, und wo sie schon die Rolle eines abgeklärten Mannes spielt, ist sie ein gefährliches Element, die parteiökologische Auffassung der Nazis, die immer wieder durch Ausführungen ihrer Verbundenen unterfüttert wird. So schrieb einer der Kampfbilder im Berliner „Angriff“:

So ist allerdings die Affektorin Spizer Vorzogene des Schöpfungseichids Charlottensburg geworden. Wenn dann viel leicht noch, wie in der ersten Skizze, ein weiblicher Schöpfer vorhanden ist, das Gericht also mit zwei Frauen unter einem Mann befehligt ist, so bedeutet das eine Verabwürgung der Rechtspflege, wie sie argers kaum gedacht werden kann. Was bleibt einem Angefallten reiter übrig, als zu schwören und seine Dofnung auf die Perzuntungsinftanz zu legen, in der zur Zeit noch Männer figen.“

Und so wie Moehbels denken auch die anderen Propheten des „Dritten Reiches“. Es soll aber dessenungeachtet Frauen geben, die sich für sie begeistern können.

„Die am Donnerstag, den 26. Februar 1981, im „Reiterhof“

Ruffen-Protest-Rundgebung

verarmte Arbeiter der **Esfurter Schuhindustrie** stellt nach Entlassnahme eines Richters des 1. Sechsmachtigen, Kollegen **Model** mit Empörung fest, daß die Forderungen der Unternehmer zum Ablauf des Arbeitsvertrages für die Schuhindustrie den Gipfel dessen darstellen, was sich jemals eine Gruppe deutscher Unternehmer an ihrer Arbeiterkraft in Bezug auf Lohn

An Höhe bis zu 32 Prozent bei den männlichen und 42 Prozent bei den weiblichen und jugendlichen Arbeitern sollen sich die Lohnfürzungen und sonstigen Verschlechterungen erstrecken, eine Summierung, die wohl einzig dastehen dürfte!

Aber auch auf anderen Forderungen der Unternehmer, wie die
Leitung der Zahnärztlicheits in „Zahn- und Kieferklinik“, die
Vergrößerung der Abgaben, die Erhaltung der Zahnärztlicheits
sicher und auf andere Weise die Verschärfung der Ferien, werden
die Eltern für die Arbeiterkammer sinnlos verlor, wenn, zeigen
eine detaillierte, wie zu überlebende realistische Einschätzung der
Unternehmer, daß kein Zahn Ideal genug sein kann, um die
Vergrößerung der Zahnärztlicheits Abgaben zu veranlassen.
Die Arbeiterkammer hat die Forderungen der Unternehmer
wenig, welche unannehmbar Nationalisationsmaßnahmen
unterworfen und unter höchstem wirtschaftlichen Zwang, darüber
jahrhundert langarbeit und Arbeitslosigkeit und damit verurteilt
den Volkswirtschaft, gewaltige Verluststeigerungen der gleichzeitigen
Leistung des Zahnärztlicheits am Produkt über die

In Anbetracht der außerordentlich schlechten Lebenslage, in der sich die Erfurter Schuharbeiterkraft durch dauernden Lohnausfall befindet -- waren doch am Jahresjährling 1930: 31 Prozent der Mitglieder arbeitslos und 12 Prozent der überhaupt noch arbeitenden waren Kurzarbeiter -- beduten diese Forderungen der Unternehmer eine direkte Verhöhnung und zugleich brutale Unterwanderung der gesamten Schuharbeiterkraft.

Die Versammelten bringen daher einmütig zum Ausdruck, daß sie keinesfalls gewillt sind, sich diesem brutalen Taktat des Unternehmers zu fügen, sondern geloben, einmütig zusammenzu-

Zwei Jahre nach dem Kriege war Valente als Direktor eingetreten. Das Werk kam in Bewegung. Der Kurs an der Börse stieg — rein zahlenmäßig sehr schnell und hoch. — Ungerechnet freilich auf Goldmark kam er auch in den ersten Jahren Valentens nicht höher als 30 Prozent. Das schien jetzt anders zu werden. Er stiegerte auf 40, 50, ja sogar 70 Prozent, ohne daß ein sichtbarer Grund dafür vorzuliegen schien.

Als Grünberg dies durchdacht hatte, fing er an, Valente Brief zu begreifen. Hier mußte in der Tat etwas anderes vorliegen. Plötzlich kam ihm der Gedanke: Wird hier ein Mäander unternommen? Eine Entfremdung Sammelklaps? Trübsal ein Großunternehmen seine Fühler aus? Eisher; etwas mußte Valente bedrücken. Daher sein häufiges Zurückkommen auf das Thema Trübsal und Anteilnahme.

(Mortelmann folgt.)

(Fortsetzung folgt.)

Die Verammelten geloben ferner, alles daran zu setzen, um durch reiblose Organisation der Belegschaften die Voraussetzungen zu einem einheitlich-geschlossenen Abwehrkampf zu schaffen.“

Bekanntmachung

[illegible]

Gegenwärtig Senatspräsident Dr. Gerke als Vorsitzender, Adolf Kraml, Adolf Kraml, Adamant, Ewald Kraml, Direktor Schmidt, Direktor Weigel als Arbeitsdirektoren: Gew. Zentr. Weiden, Gew. Zentr. Weile, Gew. Zentr. Dörler, Gew. Zentr. Ruhn, Gew. Zentr. Sturm als Arbeitsdirektoren: Arbeitsdirektor Ruhn als

Schriftführer.

I. Im Namen
(Nr. 131.)

bezt. Antrag der BTR. Gewe auf Erhaltung einer gütwilligen
Neuerung aus 3e des Aufnahmevertrages (Sonderbestimmung betr.
Wanderbeit).

erklären seitens der vertragschließenden Parteien die Herren Rechts

[illegible]

11. Zu Baden (H. 431), der Firma **GUNDB Hoffmann** in
Gleichen
1. den Zentralverband der **Handwerker**,
2. den Zentralverband dringlicher **Sechserbeiter**
erkräften
für die Firma: **Werkstoffamt Rieff**, Dr. **Gierkes** und der **Sechser**
für die Verbände die **Gerren** **Dr. Krieger** und **Wiederer**.
Auf übereinstimmenden Antrag der Parteien
begegneten aus Verhinderung:
Die **Sechser** **ruht**,
get. **Gerken**.
Baden, 21. September 1901. **Wiederer**.

Köln a. Rh.

mehr als 5000. — Wart ansehnlich. In Utrecht und Weidenfels
 waren je mehr als 6000. — Wart erforderlich. Dinge kommen
 noch Zerkleinerungen und lokalen Mitteln, die eine nicht geringe Anzahl von Willkürherrschaften außer der von
 der Hauptstadt gewählten Weidenfelsunterstützung noch in die
 Unterbringung zur Ausgestaltung bringen, die zum Teil durch Zusammen-
 lungen in den Betrieben befristet wurden. Dadurch sind die
 Unterbringung der Willkürherrschaften in die Unterbringung der
 Sorgen eine kleine Unterbringung erhalten können.

Der Verband hat durch die Unterbringungsdienste wiederum
 gegiebt, was gemeinsame Sozialität zu leisten können. Nächst
 ordentlich ist es für den einzelnen nicht gemein. Aber das
 Gefühl, daß auch in die Arbeit stehen können, daß die
 diejenigen nicht vergessen haben, um die eine
 ist außerordentlich. Ich bin befreit ist, das mit
 ihnen von vielen gesagt.

Darum werden: Geld und steht einem Verband: Gegen
 auch die die Sozialität und die Willkürherrschaft
 [ist], wenn nur das kann und auch an anderen Stellen
 notwendigen Schritte werden!

[illegible]

Stuttgart

[illegible]

Die Generalversammlung des Zentralverbandes der Schuttmann, Zahlreiche Stungart, nimmt mit Befriedigung Kenntnis von der Arbeit der Krisenverwaltung im verflochtenen Jahr. Die Generalversammlung befragt den entscheidenden Kampf um die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich; Forderung des Kampfes gegen den Lohnabbau und 40-Stunden-Woche mit allen gegenwärtig möglichen und politischen Mitteln.

Die Auffassung der Stuttgarter Mitgliedschaft über das Schlichtungsverfahren hat im besonderen in letzter Zeit volle Befestigung gefunden. Die Schlichtungsmaßnahme hat sich als die einzige, die offenbarende der Unternehmer unterliegt. Nach wie vor erhebt deshalb die Mitgliedschaft die Forderung: Weg mit der Schlichtung!

[illegible]

Vom 1. bis 7. März ist der 10. Beitrag fällig.

Ausschluß aus dem Verbanke.
Auf Antrag der Jüdischen Gemeinden i. Baden wurde das Mit-
glied Neau Rine Wilm, W.-St. 1917/18, eingetragen am 16. Mai 1921
in Gemeinden aus Grund des § 8 Ziffer 2 Wbl. d. und e des ZStG
auf, wegen verbandsbildnendem Treiben mit sofortiger Wirkung
aus dem Verbanke ausgeschlossen.
Stuttgart, den 28. Februar 1921. Der Vorstand.

Einige Jahresberichte mußten wegen Raummangel zurückbleiben.

Druck: Arändische Verlagsanstalt & Buchdruckerei, G. m. b. H., Rürnberg.
Redaktion: Otto Treiflich - Verlag: Zentralverband der Schuhmacher
(A. Simon, Rürnberg).

